

Sozialdemokratischer SPD pressediens

P/XXVII/59
24. März 1972

Die Stunde der Wahrheit kommt für die CSU

Harte Fakten zur Vertrags-Diskussion mit der
Opposition

Von Kurt Mattick MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und Vor-
sitzender des Fraktionsausschusses für Auswärtige und innerdeutsche Beziehungen

Seite 1 bis 4 / 163 Zeilen

Ratifizieren hilft integrieren

Europäische Integration im Kennex mit den
Ostverträgen

Von Hellmut Sieglerschmidt MdB

Stellv. Mitglied der Beratenden Versammlung des
Europarates

Seite 5 und 6 / 92 Zeilen

Brutale Kampfpublizistik der CSU

Strauß diskriminiert den Bayerischen Rundfunk

Von Dr. Peter Glotz MdB

Vorsitzender des Rundfunkpolitischen Ausschus-
ses beim Landesverband Bayern der SPD

Seite 7 / 42 Zeilen

Macht Schluß mit den Entwicklungshilfephrasen:

Die Weltkonferenz in Chile steht vor einer
Schicksals-Entscheidung

Von Alwin Brück MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für
wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 8 bis 10 / 124 Zeilen

Die Stunde der Wahrheit kommt für die CDU

Harze Fakten zur Vertrags-Diskussion mit der Opposition

Von Kurt Mattick MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und Vorsitzender des
Fraktionsausschusses für auswärtige und innerdeutsche Beziehungen

Man mag die Rede Leonid Breschnjews vor dem Gewerkschafts-
kongreß in Moskau am 20. März 1972 in einigen Punkten dort als
etwas provokativ ansehen, wenn er sagt: "Die Bundesrepublik Deutsch-
land steht jetzt vor einer verantwortungsvollen Wahl - zwischen
der Zusammenarbeit und der Konfrontation, zwischen der Minderung
und der Erhöhung der Spannung und letzten Endes einer Wahl zwischen
der Politik des Friedens und der Politik des Krieges".

An der letzten Bemerkung stößt sich vielleicht mit einem
gewissen Recht die angesprochene Opposition, denn, dieses sage
ich mit Sicherheit, Krieg will ganz sicher niemand, der in der
Bundesrepublik Verantwortung trägt. Allerdings sollte man auch
nicht außer Acht lassen, daß die Breschnjew-Rede eine Antwort auf
einige Herausforderungen der Opposition während der Bundestags-
debatte und der folgenden Auseinandersetzung darstellt. In dieser
Debatte hat Dr. Barzel unter anderem gesagt: "Die Verantwortlichen
der Weimarer Republik haben nichts anderes als Friedenspolitik
betrieben, nur Nationalsozialisten und Kommunisten nicht".

Dies ist eine Aussage, die uns vielleicht heute weniger auf-
fällt, als den Kriegsgegnern von 1939 bis 1945. Wieso eigentlich
hat Dr. Barzel die Deutschnationalen nicht erwähnt, die damals unter
Führung von Hugenberg die Harzburger Front bildeten, alle wesent-
lichen Positionen in der Weimarer Republik beherrschten und die
Schlüsselposten insbesondere auch in der damaligen deutschen
Reichswehr innehatten und das Bündnis mit Hitler unter der Pers-
pektive eingingen, daß sie gleichzeitig gegen den Versailler Ver-
trag nach außen und gegen die Sozialdemokraten und Demokraten nach
innen kämpfen konnten. Diese Führung der Deutschen Reichswehr hat
bis 1933 in der Sowjetunion in enger Zusammenarbeit mit der sow-
jetischen Armee Ausbildungszentren der Reichswehr aufrechterhalten
und zur gleichen Zeit doch schon das Bündnis mit Hitler vorbereitet.
Und in dem Ausmaß, wie Dr. Barzel und Dr. Marx Wortklauberei be-
treiben, muß sich der CDU-Vorsitzende dennoch sagen lassen, daß
der Satz, den ich oben zitiert habe zu kurz ist, um der Wahrheit
die Ehre zu geben. Mir stecken auch in den Hilfstruppen der CDU
im Kampf gegen die Ostverträge - ich wiederhole das hier ausdrück-
lich noch einmal - effektiv zuviel deutschnationale Engstirnigkeit,
Borniertheit, Hochmut und Beschwörung einer verspielten Vergangen-
heit.

Nun hat aber Breschnjew in seiner Rede das, was wir schon
vorher als selbstverständlich angesehen haben, auch ausdrücklich
bestätigt. "Die Sowjetunion", so sagte er, "ignoriert in keinem
Falle die Realität der in Westeuropa entstandenen Lage, darüber
hinaus auch die Existenz einer solchen wirtschaftlichen Gruppierung

der kapitalistischen Länder, wie der Gemeinsame Markt". "Unsere Beziehungen", sagte er weiter, "mit den Teilnehmern dieser Gruppierung werden davon abhängen, in welchem Maße sie ihrerseits die im sozialistischen Teil Europas entstandenen Realitäten anerkennen, insbesondere die Interessen der RGW-(COMECON)Länder". Damit ist wieder ein Argument Dr. Barzels gegen die Verträge durch die Sowjetunion selbst beseitigt worden.

Die CDU stellt fest, wie es Dr. Barzel wörtlich in seiner Rede sagte, daß das Vertragswerk für sie durch drei Punkte zustimmungsfähig werden könnte:

1/ positive Einstellung der SU zur Europäischen Gemeinschaft; und

2/ durch die Aufnahme des Selbstbestimmungsrechts in das Vertragswerk; sowie 3/ durch die verbindlich vereinbarte Absicht, in Deutschland Freizügigkeit stufenweise herzustellen.

Punkt 1 ist also erledigt.

Zu Punkt 2 hat die SU zur Kenntnis gegeben, daß der Brief der Bundesregierung, das Selbstbestimmungsrecht und die deutsche Einheit betreffend, bei der Ratifikation dem Obersten Sowjet zur Kenntnis gebracht werden wird. Er ist also damit Bestandteil des Vertragswerks in höherem Maße als es der Brief des damaligen Bundeskanzlers Adenauer von 1955 durch die Entgegennahme der sowjetischen Regierung Bestandteil des Vertrages über die Aufnahme der gegenseitigen diplomatischen Beziehungen war. Dieser wurde nur entgegengenommen.

Bleibt der Punkt 3, bei dem Dr. Barzel und die CDU wissen müssen, daß dies eine Frage nicht des deutsch-sowjetischen Vertrages, sondern der innerdeutschen Beziehungen ist. Der erste Schritt zu dem, was die CDU dort wünscht, wäre das Inkrafttreten der Berlin-Vereinbarung, von der die CDU wissen muß, daß sie nicht ratifiziert werden kann, wenn die Verträge ratifiziert werden.

Die dritte Bemerkung Breschnjews ist eine konkrete Antwort auf protzige Bemerkungen der CDU in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik: a/ sie hätte diese Verträge schon längst haben können und b/ sie würden bessere Verträge mit der SU aushandeln.

Hierzu sagt Breschnjew, "nach Meinung der Opposition sind die Verträge nicht gut, da in ihnen die Unerschütterlichkeit bzw. Unverletzlichkeit der europäischen Grenzen fixiert wird, und sie reden davon, daß man diese Artikel des Vertrages revidieren wolle. Ist es aber nicht klar, daß für Verhandlungen über eine Revision der Grenzen die Vertragsgegner keine Gesprächspartner haben noch haben werden? Dies ist kein Gegenstand für Beratungen, weder jetzt noch in der Zukunft".

In der Tat antwortet hier Breschnjew auf die leichtfertigen Ausführungen der Opposition, sie könnte bessere Verträge nach Hause bringen. Der CDU-Außenpolitiker Dr. Marx empfiehlt also nur doch wohl der SU, Breschnjew abzulösen, um bessere Verhandlungsergebnisse für die Bundesrepublik erreichen zu können.

Stalin hatte 1945 erklärt, daß es nach diesem Krieg anders werde als nach jedem früheren: "Nach diesem Krieg wird der Sieger

dem Besiegten seine Gesellschaftsordnung aufzwingen". Das haben wir alle gewußt, die Westmächte haben das gewußt und die deutschen Politiker haben das gewußt. Unser Versuch, nach dem Kriege eine solche Entwicklung in ganz Deutschland zu verhindern, ist am Anfang zunächst an der Vorstellung der Westmächte gescheitert, daß sie die Nachkriegszeit in Europa gemeinsam mit ihrem Kriegs-Bündnispartner Sowjetunion ordnen könnten (s. die Potsdamer Bestimmungen und vor allem auch die unmögliche geographische Berlin-Regelung).

Die SU hat schon im Herbst 1945 bei der Gründung der Zentralverwaltung für die sowjetisch besetzte Zone den Ernst der Stalin-Erklärung dokumentiert. Die deutsche Bundesregierung hat 1949 unter Führung von CDU-Bundeskanzler Adenauer in leichtfertiger Weise jeden kurzen Weg, der sich vielleicht anbot, die deutsche Einheit in einer relativ neutralen Übergangsperiode herstellen zu können in dem Glauben beiseite geschoben, daß die SU durch Machtpolitik des Westens aus Europa verdrängt werden könnte. Adenauers Ausspruch "Erst stark werden, dann geht es nicht nur um Deutschland, sondern um die Freiheit des ganzen verklawten Osteuropa", muß dabei in Erinnerung gerufen werden. Durch eine totale Fehleinschätzung der Ost-West-Entwicklung durch Adenauer und Dulles wurde Osteuropa einschließlich der deutschen Gebiete der Sowjetunion zur Konsolidierung überlassen.

Aufgrund dieser Politik sind 27 Jahre ins Land gegangen. Die Sowjetunion war in der Lage, ihren Plan, den Besiegten die Gesellschaftsordnung des Siegers aufzuzwingen, in ganz Osteuropa durchzuführen, auch in schwierigen blutigen Auseinandersetzungen mit mehreren militärischen Interventionen. Die Nachkriegszeit, in der man nach früheren Kriegen durch einen Friedensvertrag normalerweise die Bedingungen nach dem Kriege geordnet hat, ist ohne Friedensvertrag vorbeigegangen, der Sowjetblock ist gefestigt und der Westblock hat seine eigene Organisation entwickelt. Niemand will den Krieg.

Die Stabilität des Sowjetblocks läßt keine Möglichkeit zu, die Sowjetunion zu zwingen oder zu veranlassen, ihren Machtbereich aufzulösen bzw. zu verkleinern. Die DDR ist in diesem Machtblock neben der Sowjetunion in Europa aus geographischen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Gründen der wichtigste Faktor für die Sowjetunion. Es gibt also keine Aussicht auf Revision. Die Folgerung kann nur sein: Wenn man nicht in ständig eskalierender Gefahr leben will, muß man von dieser Lage der Gegenwart ausgehen. Die Überwindung der Spaltung Europas ist die Überwindung der ideologischen frontalen Erstarrung. Wandel durch Einwirkung? Die

gegenseitigen Beziehungen friedlich zu ordnen, Tore aufzustoßen, Mauer und Stacheldraht durch Politik zu überwinden. Eine Politik zu betreiben, die ähnlich wie mit Jugoslawien, auch mit den Ostblockstaaten die Beziehungen so verändern kann, daß offene Grenzen zu friedlicher Begegnung möglich werden.

Dies bedeutet keine Einmischung in die inneren Verhältnisse auf Gegenseitigkeit, sondern es bedeutet, anstelle des ständigen Gegeneinander, ...

Dies bedeutet nicht Wirtschaftskrieg, sondern friedlichen Wettbewerb zwischen Ost und West, zwischen EWG und COMECON mit dem Ziel weitgehender wirtschaftlicher, technologischer, kultureller und touristischer Begegnungen.

Kur - ich sage: nur - auf diesem Wege gibt es Veränderungen, die den Menschen helfen und den Frieden sicherer machen.

Adenauer hat uns verschwiegen, daß nach de Gaulles offener Erklärung für die Festlegung der Oder-Neiße-Grenze er von Präsident Kennedy 1961 mit der Feststellung gedrängt worden sei, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen, weil weder die Amerikaner noch die Engländer bereit seien, an der Grenze rütteln zu lassen und die Franzosen schon längst über diesen Punkt hinweg seien.

Adenauer hat uns verschwiegen, daß die Alliierten bei der Unterschrift unter den Pariser Vertrag dessen § 7 nicht mit der Zusage verbunden haben, für die Veränderung der Oder-Neiße-Grenze zugunsten ehem. deutscher Gebiete zu kämpfen, sondern daß die gewordenen Grenzen erst in einer Friedensregelung in Europa festgeschrieben werden sollten.

Es kommt zur Stunde der Wahrheit.

Die CDU versucht in dieser jetzigen Debatte die Schuld ihrer Versäumnisse, die darin gipfelten, daß die SU den Ostblock ideologisch, wirtschaftlich und politisch entwickeln konnte, heute auf die Vertragspolitik der Bundesregierung abzuwälzen, die in Wirklichkeit nur - die Tatsachen befreiend und der Lage entsprechend -, einen neuen Weg sucht, um in Europa die trennenden Schranken allmählich zu beseitigen. (-/va/24.3.1972/ks)

Ratifizieren hilft integrieren

Europäische Integration im Konnex mit den Ostverträgen

Von Hellmut Sieglerschmidt MdB

Stellv. Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates

Unter den wechselnden Argumenten, mit denen die Opposition die Ostverträge bekämpft, könnte die Behauptung, durch diese Verträge würde die europäische Integration verhindert, mindestens aber behindert werden, ein besonderes Gewicht haben - wenn sie zutreffend wäre. Sie ist es jedoch keineswegs. Das Gegenteil ist vielmehr richtig. Der Moskauer Vertrag stellt in seinem Artikel 4 ausdrücklich fest, daß durch ihn die von den Vertragspartnern "früher abgeschlossenen zweiseitigen und mehrseitigen Verträge", zu denen also auch der EWG-Vertrag gehört, nicht berührt werden. Alle im Zusammenhang mit dem Moskauer Vertrag von sowjetischer Seite abgegebenen Erklärungen lassen erkennen, daß der Vertrag nach Ansicht der Sowjetregierung die europäische Integration weder begünstigt noch erschwert.

Vertreter der Opposition berufen sich nun immer wieder auf Äußerungen maßgeblicher sowjetischer Politiker, aus denen sich eine "feindselige Haltung" der Sowjetunion gegenüber der EWG ergebe. Daß die Sowjetunion die europäische Integration nicht gerade mit Begeisterung begrüßt, ist verständlich, wenn man sich die Interessenlage der stärksten Wirtschaftsmacht des Ostens vergegenwärtigt. Natürlich ist es angenehmer für sie, mehrere "kapitalistische" Handelspartner in Europa zu haben als nur einen. Auch die USA als die stärkste Wirtschaftsmacht des Westens steht dieser Zusammenfassung des westeuropäischen Wirtschaftspotentials nicht ohne Sorge gegenüber.

Es kann jedoch als begründet angenommen werden, daß die Sowjetunion sich mit einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die ihren Integrationsprozeß unbeirrt fortsetzt, in ebenso realistisch Weise arrangieren wird, wie sie sich gegenüber anderen Entwicklungen im demokratischen Teil Europas verhalten hat. In ihrem vor der Beratenden Versammlung des Europarates zu Jahresbeginn erstatteten Bericht über das Verhalten der osteuropäischen Länder gegenüber den Ost-West-Beziehungen hatte die CDU-Abg. Frau Klee hierzu festgestellt: "Gewisse, seit kurzem vorhandene Anzeichen lassen erkennen, daß sich die Sowjetunion um eine pragmatische Haltung (also gegenüber der EWG) bemüht."

Sicherlich sind hierfür, wie Frau Klee in ihrem Bericht richtig bemerkt, nicht zuletzt wirtschaftliche Überlegungen maßgeblich. Hinzu kommt aber, daß für die Sowjetunion eine Konsolidierung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa im Rahmen ihrer globalen Strategie von großer Bedeutung ist. Eine zielstrebig fortgesetzte europäische Integration könnte schließlich auch aus sowjetischer Sicht zu einem Element jener Konsolidierung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa werden.

Wer die Westpolitik der Sowjetunion nüchtern analysiert, wird

nicht verkennen, daß die von den NATO-Verbündeten einmütig verfolgte Entspannungspolitik unvermeidbare, jedoch kalkulierbare Risiken enthält. Diese Tatsache kann indessen nicht ohne Auswirkungen auf den Gang der europäischen Integration bleiben. Die Entspannungspolitik wird so zur ständigen Herausforderung an das westliche Europa, sein Zusammenwirken zu vertiefen, weil diese Risiken nur ausgeschaltet werden können, wenn das westliche Europa mehr und mehr mit einer Stimme spricht.

Aus den uns verbündeten Staaten, insbesondere aus Frankreich, hat es in der Vergangenheit immer wieder namhafte politische Stimmen gegeben, die darauf hingewiesen haben, daß eine politische Integration Westeuropas nur vorstellbar sei, wenn keiner der Mitgliedstaaten in die zukünftige Politische Union offenen oder potentiellen Konfliktstoff einbringe, der dann auf die Europäische Gemeinschaft übergehen könnte. Solche, an die Bundesrepublik gerichteten Mahnungen sind sicherlich zurückzuweisen, soweit mit ihnen etwa der Verzicht auf die Wiedererlangung der Einheit des deutschen Volkes oder auf die Fürsorge für deutsche Staatsbürger in Polen gefördert wird. Dagegen erscheint es legitim, wenn unsere Integrationspartner erwarten, daß die Ziele der Deutschlandpolitik der Bundesrepublik in einer Weise verfolgt werden, die den konfliktträchtigen Zustand in Mitteleuropa überwindet, damit nicht die Politische Union Westeuropas mit den sich daraus möglicherweise ergebenden Folgen belastet werde. Die Ostverträge machen solche Befürchtungen unserer westlichen Freunde gegenstandslos, ohne daß die bisherigen Ziele der Deutschlandpolitik preisgegeben werden. Die Verträge von Moskau und Warschau sind daher eine Voraussetzung dafür, daß die politische Finalität der Römischen Verträge verwirklicht werden kann.

Überlegungen in dieser Richtung werden nicht zuletzt auch in Norwegen und Dänemark anlässlich der bevorstehenden Entscheidungen über ihren Beitritt zur EWG angestellt. In diesen Staaten sind Willy Brandt und seine Ostpolitik äußerst populär. Sie ist für viele Menschen dort eine Garantie dafür, daß die über die NATO-Verpflichtungen weit hinausgehende Einordnung in eine zusammenwachsende Europäische Gemeinschaft sie gleichzeitig zu Partnern einer gesamteuropäischen Friedensordnung werden läßt. Ein Scheitern der Ratifizierung der Ostverträge könnte in jenen skandinavischen Staaten deshalb nicht ohne Einfluß auf die Meinungsbildung zur EWG-Beitrittsfrage bleiben.

Die Schwierigkeiten, die zu bewältigen sind, bis eine gesicherte europäische Friedensordnung geschaffen ist, werden wie bei uns auch in den uns befreundeten Staaten ohne Illusionen gesehen. Entsprechendes gilt für den ersten Schritt in diese Richtung, die geplante "Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa". Was der amerikanische Außenminister Rogers am 2. Dezember vergangenen Jahres über jene Konferenz gesagt hat, gilt sinngemäß auch für die Ostverträge: "Wir wünschen, daß die Konferenz nicht eine simple Ratifikation der vorhandenen Teilungen wird, sondern ein Schritt auf einem langen Weg, der zu einer neuen Lage führt." (-/va/24.3.1972/bgy)

+ + +

Brutale Kampfpublizistik des CSU

Strauß diskriminiert den Bayerischen Rundfunk

Von Dr. Peter Glotz MdL

Vorsitzender des rundfunkpolitischen Ausschusses
beim Landesverband Bayern der SPD

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat in der neusten Nummer seines "Bayernkurier" eine auch für seine Verhältnisse ungläubliche Irreführung der Öffentlichkeit versucht. Er bezeichnete den Programmdirektor des Bayerischen Rundfunks, Walter von Cube, als "lautesten Schreier" und "Hauptschuldigen" an angeblichen Linkstendenzen im Bayerischen Rundfunk. Der noch amtierende Intendant Wallenreiter hat nun postwendend enthüllt, daß Strauß höchstpersönlich in einem Brief vom 27. Mai 1970 an ihn, Wallenreiter, das weitere Verbleiben Cubes auf seinem Posten verlangt habe, um die "Kontinuität" im Bayerischen Rundfunk zu sichern. Will Strauß uns heute etwa glauben machen, er hätte sich damals für eine Kontinuität "roter Dauerberieselung" eingesetzt? Strauß tritt die Wahrheit mit Füßen und diskriminiert einen unabhängigen Journalisten rücksichtslos und ohne den Schein einer Berechtigung.

Auch die übrigen Behauptungen des CSU-Vorsitzenden sind ebenso rüde wie unbelegt. Mit keinem Wort konkretisiert er, wo sich denn -wie er sagt- im Bayerischen Rundfunk "linke und z.T. linksradikale Kollektive" gebildet hätten. Wann hat der Bayerische Rundfunk z.B. je die Berichterstattung über einen CSU-Parteitag einem "linksradikalen Journalisten" überlassen? Strauß bietet nicht einen einzigen Beweis an.

Recht hat der CSU-Vorsitzende allerdings in einem: daß bei "unpolitischen Programmen", bei der Unterhaltung, oft "in offener oder versteckter Form das Geschichtsbild entstellt" wird. Das geschieht allerdings -wie die Wissenschaft und die professionelle Fernsehkritik einwandfrei nachgewiesen haben- stets im Sinne konservativer Leitbilder und einer sie bestätigender Ideologie und nicht, wie Strauß unterstellt, um "gesellschaftsverändernde Reformen" zu empfehlen -was schließlich ja auch nicht ehrenrührig oder gar verfassungswidrig wäre!

Dieser "Bayernkurier"-Kommentar von Franz Josef Strauß, verfaßt in der brutalen Diktion einer außer Rand und Band geratenen Kampfpublizistik, ist ein maßloser und durch gar nichts belegbarer Angriff gegen eine demokratische Institution. Er beweist, wie notwendig die schnelle, kritische und wirksame Reaktion der politischen Öffentlichkeit auf die Novellierung des Bayerischen Rundfunkgesetzes gewesen ist. (-/ja/24.3.1972/fu)

+ + -

Macht Schluß mit den Entwicklungshilfe-Phrasen!

Die Weltkonferenz in Chile steht vor
einer Schicksals-Entscheidung

Von Alwin Brück MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Am 13. April wird in Santiago de Chile die Dritte Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) zusammentreten. Einen Monat später wird in Frankfurt/M. die Interstoff-Messe stattfinden. Die Elfenbeinküste wollte auf dieser Messe ihre Textilerzeugnisse ausstellen und sich damit mehr Chancen auf dem europäischen Markt verschaffen. Aber das Entwicklungsland wurde abgewiesen, denn die Satzungen der "Interstoff" sorgen dafür, daß die Messe eine geschlossene Gesellschaft von Industriestaaten bleibt. Ein negatives Beispiel unter vielen.

Wen wundert es dann noch, wenn in den Tagen und Wochen nach dem 13. April, also nach dem Verklingen der Phraseologie der Eröffnungsreden, die Industriestaaten in Santiago de Chile auf der Anklagebank sitzen werden. Die Entwicklungsländer stellen auf dieser Konferenz unter den rund 120 Teilnehmerstaaten bei weitem die größte Gruppe. Sie werden alles daransetzen, daß sie nicht auch diesmal wieder mit ebenso wohlmeinenden wie unverbindlichen Stellungnahmen der reichen Nationen abgespeist werden.

Dazu gehört aber auf beiden Seiten mehr Realismus. Die "Charta von Lima", in der die ursprüngliche "Gruppe der 77", der jetzt jedoch schon 95 Entwicklungsländer angehören, ihren Forderungen Ausdruck gegeben hat, schlägt zumindestens einen deutlich wirklichkeitsnäheren Ton an als ähnliche Resolutionen früherer Jahre. Offensichtlich ist den Entwicklungsländern bewußt geworden, daß maximalistische Forderungen die Möglichkeit konkreter Zugeständnisse von den entwickelten Staaten eher verringern als vergrößern.

Angesichts der nicht eingehaltenen Versprechen der beiden vorausgegangenen Welthandelskonferenzen in Genf und Neu Delhi sollten auch die Industrienationen dazu übergehen, ihre Versprechen mehr den Möglichkeiten der Realisierung als der vorübergehenden Emotionswirkung der Ankündigung anzupassen.

Die Erbitterung unter den Entwicklungsländern ist groß, allzu wenig von den großen Zusagen ist übriggeblieben. Seit der letzten Welthandelskonferenz in Neu Delhi vor vier Jahren hat sich die wirtschaftliche Situation der Entwicklungsländer kaum gebessert, sondern in einigen Bereichen eher noch verschlechtert. Das Austausch-

verhältnis von Rohstoffen und Industrieprodukten hat sich weiter zu Ungunsten und zulasten der Rohstofflieferanten verschoben. Die Entwicklungsländer sind aber in erster Linie Rohstofflieferanten. Die Bereitschaft, Entwicklungshilfe zu leisten, ist in vielen Industriestaaten zurückgegangen, wenn auch einige kleinere Nationen hier einen gewaltigen Schritt nach vorne gemacht haben.

Obwohl man in Genf als Ziel verkündet hatte, daß die Industrienationen ein Prozent ihres Volkseinkommens als Entwicklungshilfe leisten sollten, und diese Selbstverpflichtung in Neu Delhi gar auf ein Prozent des Bruttosozialprodukts erhöht hatte, muß man die enttäuschende Feststellung machen, daß die Leistungen - gemessen am Bruttosozialprodukt - eher insgesamt gesunken als gestiegen sind.

Dazu kommt, daß die internationale Währungskrise des Jahres 1971 die Entwicklungsländer mehr getroffen hat als die Industriestaaten. Die meist schon knappen Dollar-Devisenreserven der Entwicklungsländer schmolzen nach der Abwertung des Dollars noch mehr zusammen. Kein Wunder, daß sich der "Zehnerclub", der in internationalen Währungsfragen die entscheidende Rolle spielt, Genf Entwicklungsländern als ein Club der Reichen darstellt, der ohne Rücksicht auf die Interessenlage der Ärmern seine Entscheidungen trifft. Gerade hier ist mehr Mitspracherecht der Entwicklungsländer notwendig.

Problematisch ist dagegen die Forderung der Entwicklungsländer, die Sonderziehungsrechte beim Internationalen Währungsfonds als Instrument der Entwicklungshilfe einzusetzen. Die Sonderziehungsrechte sind ein Instrument zur Überwindung kurzfristiger Liquiditätsschwierigkeiten und daher zur Finanzierung langfristiger Entwicklungsprojekte nicht geeignet. Das Einsetzen der Sonderziehungsrechte für Entwicklungshilfe käme dem Ingangsetzen der Notenpresse zur Überwindung von Haushaltsdefiziten gleich. Außerdem taucht sofort die Gefahr auf, daß die Inanspruchnahme der Sonderziehungsrechte für diese Zwecke den Industriestaaten als eine billige Entschuldigung zur Verringerung der Hilfeleistungen dienen könnte.

Es wäre auf der anderen Seite an der Zeit, die internationale Entwicklungshilfestatistik zu bereinigen, damit nicht als großmütige Hilfe deklariert wird, was in Wirklichkeit ein normales Geschäft ist, womit nichts gegen normale Geschäfte gesagt ist. Auch solche können nützlich sein, wie auch Privatinvestitionen hilfreich sein können, weil sie Arbeitsplätze schaffen, obwohl die Investoren sicherlich zu allererst an ihren Gewinn denken. Wer deklariert schon amerikanische Investitionen in der Bundesrepublik oder deutsche Investitionen in Frankreich oder Italien als Entwicklungshilfe? Warum das also in den Ländern der Dritten Welt tun?

Sollten die Kreditkonditionen neu überprüft werden angesichts der Verschuldung der Entwicklungsländer, die mittlerweile einen Umfang angenommen hat, der schlechterdings unerträglich ist. So muß Indien ein volles Drittel seines jährlichen Exporterlöses für den Schuldendienst aufbringen. Die Forderung der Entwicklungsländer nach weicheren Kreditbedingungen ist erfüllbar. Zinslose Kredite mit

einer Laufzeit von 50 Jahren bei zehn tilgungsfreien Jahren sollten in Zukunft - wie bei der Weltbanktochter IDA - auch für die bilaterale Hilfe zur Norm werden. Dabei zieht das Argument, daß Zinsen ein Erziehungsmittel zur wirtschaftlichen Verwendung der Kredite sein könnten oder sollten, nicht. Sonst müßte man sich auch gegen zinsgünstige Kredite und gar Subventionen in der nationalen Wirtschaftspolitik wenden.

Daneben ist ein weiteres Öffnen der Märkte der Industriestaaten für Produkte aus den Entwicklungsländern von entscheidender Bedeutung. Bei aller Beachtung der Probleme, die in manchen Bereichen der Industriestaaten entstehen, ist echte Hilfe an die Entwicklungsländer nur möglich, wenn wir ihnen eine brauch- und nutzbare Möglichkeit schaffen, ihre Produkte auf unseren Märkten auch absetzen zu können. Auf lange Sicht schaden wir uns nur selbst, wenn wir überholte Strukturen im eigenen Bereich durch Subventionen, Einfuhrkontingentierung oder gar -verbote, durch Schutzzölle und Marktordnungen erhalten wollen, anstatt von einer vernünftigen weltweiten Arbeitsteilung zu profitieren. Die Gewährung von Einfuhrpräferenzen für Entwicklungsländer durch die EWG-Gruppe und einige andere Industriestaaten ist hier ein erster begrüßenswerter Anfang. Aber die vorhandenen Einschränkungen müssen ebenfalls verschwinden - im Interesse der Entwicklungsländer, aber auch im Interesse der Konsumenten bei uns.

Die Entwicklungsländer selbst sollten ihrerseits mehr noch als bisher auf den Abbau der Spannungen zwischen den Blöcken in der Welt drängen, auch wenn diese Spannungen bisher dazu geführt haben, daß es eine Art von Konkurrenz der Großen in den Entwicklungsländern gibt, von denen manche vorübergehend zu profitieren glaubten. Die langfristigen Interessen aller aber fordern einen Abbau der Spannungen in der Welt. Dann nämlich besteht die Möglichkeit, daß in Zukunft mehr Geld in die Entwicklungshilfe und weniger in die Rüstungshaushalte der Industriestaaten fließen kann. Und die Entwicklungsländer sollten auch deutlich machen, daß ihnen konkrete praktische Hilfe mehr nutzt als eine Sturzflut von Schlagworten wie "Hilfe im Kampf gegen Imperialismus und Neokolonialismus". Phrasen sind zwar billig, aber sie nutzen auch wenig.

Alles in allem wäre es gut, wenn man in Santiago de Chile gemeinsam eine nüchterne Bilanz aufmache und dann nach den Notwendigkeiten in den Entwicklungsländern und den Möglichkeiten der Industriestaaten - darunter verstehe ich nicht nur das wirtschaftlich Mögliche, sondern auch das politisch Durchsetzbare - die Ziele der Entwicklungspolitik für die nächsten Jahre setzt. Das dient allen mehr, als die großen Palaver vergangener Konferenzen und die daraus konstruierten allgemeinen Richtlinien, die dann später weitgehend doch nicht eingehalten wurden.

(-/ja/24.3.1972/ks)

Die Fackel ins Dunkle tragen

Zum 70. Geburtstag von Gustav Schmidt-Küster

Durch einen überaus peinlichen Autoren- und Redaktionsfehler ist in unserer gestrigen Ausgabe der Geburtstag des sozialdemokratischen Verlegers Gustav Schmidt-Küster auf den 25. Mai verlegt worden. Herr Schmidt-Küster begeht seinen Geburtstag aber bereits am 25. März. Wir bitten sehr um Entschuldigung.